

SoVD macht Kampf gegen Altersarmut zum Thema des Parlamentarischen Abends

Armut beginnt im Bildungsalter

Wie lässt sich Altersarmut verhindern und wirksam bekämpfen? Und wie kann es gelingen, ausreichende Alterseinkünfte für die heutige und für kommende Generationen auf gerechte Weise zu sichern? Die Fragen, die der Sozialverband Deutschland (SoVD) in den Mittelpunkt des diesjährigen Parlamentarischen Abends stellte, sind drängend: Immer mehr Menschen drohen im Alter zu verarmen oder sind bereits auf Grundsicherungsleistungen angewiesen – und dies in einem als reich geltenden Land wie Deutschland. Knapp 200 Gäste, darunter zahlreiche Bundestagsabgeordnete, Vertreter und Vertreterinnen befreundeter Verbände, Organisationen und Institutionen waren der Einladung in die Räume der Parlamentarischen Gesellschaft gefolgt, um gemeinsam sozialpolitische Handlungsstrategien zu diskutieren. Dabei stand die bundesweite SoVD-Kampagne „Lieber nicht arm dran“ im Zentrum des Interesses.



Fotos: Wolfgang Borrs

SoVD-Präsident Adolf Bauer und Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek sprachen zum Thema „Verhinderung von Altersarmut“.

zunimmt. In den kommenden Jahren droht ein dramatischer Anstieg.“

Weitere Absenkung des Rentenniveaus stoppen

Betroffen seien davon in überdurchschnittlichem Maße Frauen, Menschen im Niedriglohnbereich, Langzeitarbeitslo-

se, Alleinerziehende und Menschen mit Behinderung, führte Bauer aus.

Als wesentliche Ursachen benannte der SoVD-Präsident die Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse sowie eine weitere Absenkung des Rentenniveaus und damit verbunden die Abkopplung der Renten

von der gesamtgesellschaftlichen Wohlstandsentwicklung. „Wenn wir bedenken, dass viele Beschäftigte trotz eines erfüllten Arbeitslebens und langjähriger Beitragszahlungen befürchten müssen, dass ihre Rente nicht zum Leben reicht, dann wird der dringende Handlungsbedarf deutlich.“

SoVD fordert klare Kurskorrektur der Politik

Erst vor wenigen Monaten hat der SoVD im Rahmen einer Pressekonferenz ein Konzept zur Verhinderung von Armut im Alter einer breiten Öffentlichkeit präsentiert (wir berichteten in der September-Ausgabe). In dem Positionspapier fordert der SoVD eine klare Kurskorrektur der Politik. Wichtig ist es dem Verband dabei vor allem, Ängsten entgegenzuwirken, tragfähige Strategien aufzuzeigen und adäquate Lösungen für Jung und Alt herbeizuführen. „Altersarmut fängt jung an. Es macht keinen Sinn, den Generationenvertrag infrage zu stellen. Es geht darum, die Rente für die Zukunft armutsfest und solidarisch zu gestalten“, hob Bauer hervor.

Der SoVD-Präsident betonte, dass eine wirksame Strategie sowohl das Rentenrecht als auch die Arbeitsmarktpolitik einbeziehen müsse. „Wir benötigen dringend eine Wieder-

Fortsetzung auf Seite 2

Wie leben wir ein erfülltes Leben?

Gespräch mit Zukunftsforscher Horst W. Opaschowski

Seite 7



Regelbedarfe weiterhin zu niedrig

Gesetzentwurf hält an fragwürdiger Berechnung fest

Seite 4



Konsequent in den politischen Positionen

Damals und heute: Der SoVD setzt sich für soziale Sicherheit ein

Seite 5

Wenn das Essen keine Freude mehr bereitet

Im Alter steigt die Gefahr der Unterversorgung

Seite 8



Sündenregister im hohen Norden

Seit 60 Jahren gibt es das Verkehrszentralregister in Flensburg

Seite 24



Anzeige



Unsere Berater finden für Sie die passende Sterbegeldversicherung!

Entlasten Sie Ihre Angehörigen und decken alle Kosten ab!

- ✓ Aufnahme bis zum 85. Lebensjahr
- ✓ Keine Gesundheitsfragen
- ✓ Keine Wartezeiten
- ✓ Günstiger Gruppentarif für VVS-Versicherte

Jetzt kostenlos beraten lassen.

030 - 726 222 401

www.vvs-ag.com | info@vvs-ag.com



Blickpunkt

Das Verfassungsgebot ist eindeutig: Als Pauschalleistung soll der Hartz-IV-Regelsatz Empfängern staatlicher Leistungen den Bedarf für Ernährung, Kleidung, Körperpflege, Hausrat und Strom sichern. Gewährleistet sind damit auch gesellschaftliche Teilhabe sowie der Zugang zu Bildung. Doch obwohl der Sozialstaat die klare Verpflichtung hat, Betroffenen ein menschenwürdiges Existenzminimum zu sichern, ist über kaum ein Regelwerk so viel gestritten worden

wie über das Zweite Sozialgesetzbuch. Bereits 2010 rügte das Bundesverfassungsgericht das Verfahren, wie der Regelbedarf ermittelt wird. Nach marginalen Änderungen durch den Gesetzgeber äußerte das BVerfG im Jahr 2014 erneut Bedenken. Jetzt berät die Bundesregierung wieder über das Ermittlungsverfahren. Doch trotz der Schelte durch das oberste Gericht bleibt die Berechnungsart in weiten Teilen intransparent. Weil etwa einmalige intensive Kosten wie die

Anschaffung eines Kühlschranks in den pauschalierten Beträgen kaum berücksichtigt sind, spiegeln die Sätze nicht den tatsächlichen Bedarf wider. Zudem orientiert sich die Erhebung am Ausgabeverhalten von Haushalten, die bereits an der Armutsgrenze leben. Willkürliche Streichungen von Positionen wie Malstifte für Kinder oder Schnittblumen kommen hinzu. Fair geht anders. Hier muss dringend nachgebessert werden!

Adolf Bauer
SoVD-Präsident